



Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 11. November 2017 in Braunschweig

Effektive und dynamische Entlastung bei den Sozialausgaben

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) fordert die CDU Deutschlands auf, in Koalitionsverhandlungen sich dafür einzusetzen, dass alle durch den Bund verursachte und zukünftige Belastungen der Kommunen durch Sozialausgaben im Sinne der Konnexität erstatten werden.

Leistungsausweitungen bei bestehenden gesetzlichen Regelungen oder neue Gesetzesvorhaben gilt es zu verhindern bzw. für die vollumfängliche und dynamische Übernahme der Kosten durch Bund und vor allem Länder sicherzustellen.

Hintergrund:

Seit Jahren ist eine Ausweitung der aus Aufgabenübertragungen und Standarderweiterungen resultierenden Leistungen insbesondere im Bereich des SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe, im Unterhaltsvorschussgesetz, im SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende, im SGB XI – Soziale Pflegeversicherung und XII – Sozialhilfe und auch SGB IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vorgenommen worden, die unmittelbar oder mittelbar, z. B. durch Umlage gegenüber Kommunen durch die Landschaftsverbände, zu erheblichen Mehrkosten geführt haben und auch in Zukunft führen werden. Der dynamischen Kostenentwicklung muss eine effektive, dynamische Kostenerstattung gegenüberstehen, die auf der Grundlage valider Daten beruht.